

Die Sächsischen Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 370. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Verlagsgesellschaft für Halle und Magdeburg 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das W. ersetzlich.
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche
Druckerei (Halle, Poststraße 12). — Unterhaltungsblatt (Sonntagsblätter). — Sonntagsblätter.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 37, Hinterhaus.
Telephon 159; Redaktion: Telephon 1272. — Eing. Gr. Brauhausstr.
Erscheinungszeit: Dr. Walter'sches Verlagsamt in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Freitag, 9. August 1907.

Abendausgabe Nr. 1. Besondere Beilage ab. deren Raum f. Halle a. S. den Sonntag
10 Uhr, abends 10 Uhr. Bekannt am Schluß des redaktionellen Teils der Halle'schen
Halle'sche Zeitung. — Halle'sche Zeitung. — Halle'sche Zeitung. — Halle'sche Zeitung.
Geschäftsstelle in Berlin: Delfinerstraße 14.
Telephon-Nr. VI a Nr. 11494.
Druck und Verlag von Eric Schade in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 9. August.

Die Marofffrage. In Paris wurde am maßgebender Stelle bestätigt, daß eine erneute internationale Befragung der Marofffrage nicht in Aussicht genommen ist. Nach einer Mütterdeklaration von Clemenceau in London, die eine Unterredung mit König Edward von England haben, in der auch über die Marofffrage gesprochen werden wird. Auch in Wilhelmshöhe wird diese fidele Verhandlung zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward erörtert werden.

Der Kaiser in Altengrab.

Der Kaiser führte am Donnerstag das Stabalarcorps und fuhr am 8. August in Altengrab. Nach einem im Militärkasino eingenommenen Frühstück erfolgte um 3 Uhr nachmittags die Abreise nach Wilhelmshöhe, wo die Ankunft abends um 9 Uhr 10 Minuten erfolgte. Der Kaiser verließ dem Generalstab v. Bernhardt den Kronorden erster Klasse, dem Generalmajor Grafen v. Büßli die Krone zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem Obersten v. M. a. r. a. w. i. den Kronorden zweiter Klasse.

Auf dem Bahnhof Wilhelmshöhe holten Ihre Majestät die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise den Kaiser im Automobil ab. Die Umgebung des Bahnhofs war illuminiert. Eine zahllose Menschenmenge bereite die Majestät lebhaft zu begrüßen.

Der Vorkurs für den Marineart 1908 fordert, wie die „Neuesten Nachrichten“ melden, noch neue Vorkurskandidaten. Die Vorkurskandidaten, wie die bereits bewilligten vier Vorkurskandidaten, und einen neuen großen Vorkurskandidaten.

Schiffverkehr der deutschen Kolonien 1905. Der Schiffverkehr der neun deutschen Schutzgebiete in Afrika, Australien und Ozeanien erfreut sich einer sehr vorwärts schreitenden Entwicklung. Ingesamt fanden im Jahre 1905 in Togo, Kamerun, Südwestafrika, Ostafrika, Neu-Guinea, auf den Marschallinseln, den Carolinen und Niue, auf Samoa und in Niue 24 845 und 24 845 Tonne Fracht, 10 845 Tonne Passagiere, 10 845 Tonne Post und 10 845 Tonne Fracht. Die im Jahre 1905 bereits auf 35 gewachsen. Der Schiffverkehr der 1902 nur 2335 Schiffe mit zusammen 2 Millionen Registertons, umfaßte 1905 nicht weniger als 7692 Schiffe mit 5 Millionen Registertons. Das ist also in drei Jahren eine Verdreifung um das 1 1/2fache. Auf der Samoa, wo die einzige Flotte die größte Flotte ist, überwiegen über die deutsche Flotte. Nach der Größe des eins- und ausgegangenen Schiffes sind geordnet zeigen die Kolonien diese Reihenfolge: Südwestafrika (1 553 000 Tons), Ostafrika (1 250 000 Tons), Kamerun (902 000 Tons), Niue (477 000 Tons), Togo (419 000 Tons), Neu-Guinea (296 000 Tons), Samoa (52 000 Tons), die Carolinen und Niue (37 000 Tons) und die Marschallinseln (23 000 Tons).

Aufgehobene Einberufungen. Das Generalkommando des ersten Armee-Korps hat nach dem „N. Z.“ infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse den größten Teil der Einberufungen von Mannschaften des Beurteilungsfalles, soweit sie sich aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung rekrutieren, auf.

Halle'sche Meldung. Der „New-York Herald“ meldet aus Puerto Plata, daß deutsche Offiziere zu Inspektoren des dominikanischen Heeres ernannt worden seien. — Dazu bemerkt das hiesige Telegraphenbureau: „An zukünftiger Stelle ist hiervon nichts bekannt.“

Neue Zarennachrichten der französischen Presse. Das internationale Heerrecht betreffende französische Armeeblatt „France militaire“ leitet sich in seiner Nr. 7085 folgendes gegen deutsche Soldaten und gegen die deutsche Regierung gerichtete Angriffe: „In Saarburg (Lothringen) soll zwischen vier Sergeanten unserer 97. Infanterie-Regiments und acht jungen Lothringern ein blutiger Kampf stattgefunden haben, der sich auf die durch die Sergeanten, von denen die „Annetieres“ als „Franzosen“ und „Schwarze“ bezeichnet worden seien. Die „Annetieres“ hätten den „Deutschen“ eine ernste Züchtigung zuzufügen wollen. Die Sergeanten hätten sich in eine Scheiternsstellung geflüchtet; aber die beständig vorrückenden hätten die Türen eingeschlagen und ihre Peitscher auf den hart mitgenommenen, doch zwei von ihnen aus der Luft durch den Kopf getroffen haben.“

Natürlich hat sich die Geschichte, wenn sie nicht zu Ehren lothringischer Soldaten überhaupt völlig erfinden ist, ganz anders zugetragen; aber als deutsche Niederlage macht sich das Ereignis für die Zwecke des Chauvinistenblattes an. Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß „France militaire“ ihre Nachrichten aus Elsass-Lothringen vorläufig zwar noch unter der allgemeinen Heberdrift „Ausland“ bringt, aber an erster Stelle, danach folgt Anhalt und dann erst Deutschland, was also unter Reichsland jedenfalls nicht gerechnet wird. Die Ergebnisse des Frankfurter Friedens wollen den unerbittlichen Leuten nicht in den Kopf! —

Einer zweiten Nachricht zufolge sollen die in Frankreich mit leuchtenden Luftschiffen erreichten Erfolge die öffentliche Meinung in Deutschland und umere

Seereschiffung ernstlich aufregen. Man würde in Berlin davon, daß die Freiheit des Auftrags über dem Deutschen Reich durch strenge Maßnahmen befristet werden müsse. Da nach dem jetzt gültigen Straßensystem kein französischer „Leichter“ verbündet werden könne (?), über deutschen Festungen hinzusetzen und deren Werke aus der Vogelperspektive zu fotografieren, werde ein neues Gesetz erlassen werden. Danach würde allein die deutsche Regierung berechtigt sein, das Auftrags über dem Reich durchzuführen zu lassen. Etwa vorhandene deutsche Privatluftschiffe würden enteignet, fremde, über die Grenze kommende „dirigeables“ würden beschlagnahmt und ihre Anflüge als Spione behandelt werden usw. — Das französische „Armeeblatt“ hat schon öfters den künftigen Reichs genügt, dritten absonderlichen herrschenden Gemütsregungen, wie „Angebot“ und „Auftragung“, anderen Leuten zur Verfügung zu legen. Uns ist hier nicht bekannt geworden, daß das deutsche Publikum oder gar unser Generalsstab sich über die „Patrie“ Sorgen gemacht hätte. Dagegen ist es französisch Zeitungen kürzlich über die Erfolge des französischen Luftschiffs und seine längere Fortdauer allerdings schmerzliche Bekenntnisse zu empfinden. Gegen ist mit der Spionage fürcht; auch in dieser Beziehung ist uns die Grande Nation erbsüchtig über, wie mangelhaft bekannt sein dürfte.

Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen. Aus New-York wird uns unter dem 8. August gemeldet: Nach einer Meldung des „New-York Herald“ besteht das Ergebnis der durch die Handelsvereinigungen an dem bekannten Handelsabkommen geübten Kritik darin, daß das Schatzamt am 15. Oktober eine Kommission nach Europa schicken wird, um den Export und andere Verhältnisse, welche sich auf den Warenverkehr nach den Vereinigten Staaten beziehen, zu studieren. Die Kommission soll aus dem stellvertretenden Sekretär des Schatzamts Reynolds, dem Präsidenten der Zollschutzbehörde de Vries und dem Richter Baite vom Zolldepartement bestehen. Man nimmt an, daß der Sekretär des Schatzamtes Cortelyou der Urheber dieses Planes ist.

Die Eisenbahnverwaltung und die Speisewagen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die vor einiger Zeit von verschiedenen Zeitungen geübte Kritik, die Eisenbahnverwaltung beständiger, demnach die Speisewagen in eigenen Betrieb zu nehmen, begehrte als bald die maßgebende Stelle als unzutreffend. Anmerkung bringt eine Zeitung die Nachricht, daß die Staatsbahnverwaltung wenigstens infolgedessen einen neuen Weg beschreiten werde, als sie selbst Speisewagen in den Betrieb einzeln an verschiedene Betriebe postweise versende. Zwar hiervon ist an zukünftiger Stelle nichts bekannt.

Eine Änderung des Fernsprechtariffes im Reichspostamt wird einer Meldung der „Samburger Nachrichten“ zufolge geplant. An Stelle des bestehenden gemäßigten Tariffes (Gesprächsgeld oder Rufgebühr) soll durchweg die Eingangsgebühr eingeführt werden. Als Grund der geplanten Änderung wird angeführt, daß das Reichspostamt bei der Reichsbehörde nicht auf seine Rechnung komme, wenn der Fernsprechtarif sehr hoch sei. Die Gesprächsgebühr soll auf etwa 2-3 Pfennig festgesetzt und bei einer sehr großen Anzahl von Gesprächen ermäßigt werden. Es ist jedoch eine derartige Änderung geplant ist, oder ob es sich nur um unverbindliche Vorbesprechungen handelt, mag dahingestellt bleiben. Die Reichspostverwaltung ist nicht in der Lage, aus eigener Machtvollkommenheit eine derartige Änderung durchzuführen. Die Reichspostgebühren reichsgesetzlich geregelt sind.

Zur Sicherung fiskalischer Forderungen aus Verträgen über die Ausführung von Staatsbauten, Leistungen und Lieferungen sollen nach einem Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten künftig auch die von den Preussischen Central-Genossenschaftsvereinen ausgestellten Hinterlegungscheine über verpfändungs-fähige Papiere, sowie ihre Aktepe gegolten werden.

Die Dänemarkfrage in der Nordmark nimmt auf die sehr lokale Ausführung des Dänemarkvertrages zwischen der Deutschen Regierung in seiner Weise bei ihrer Agitation Rücksicht. Sie erfreut sich leider dabei der traktatmäßigen Unterstützung der irredentistischen Presse Dänemarks, vor allem der Patriotika, welche viele Staatsbeamte als Mitglieder zählt. Das illoyale Verhalten der Dänen im Innlande und Ausland verdient eine scharfe Beurteilung. Unlängst fanden nun befremdliche Massenversammlungen mit bekannten dänisch gesinnten Schwägern in Jütland, Fünen und Falster statt. Der Parteiliche, Reichstags- und Landtagsmitglied Hansen selber war jüngst Waldpöbeler auf einer solchen von 1500 Personen besetzten öffentlichen Massenversammlung in Stubbeköbing. Dort erklärte er, dänische und polnische Nationalbestrebungen seien Mitglieder derselben Klasse in Europa. Außerdem hat Konstan durch einen abgeordneten Redakteur Reedt soeben in Brag die ursprünglich durch die dänische Volkshochschule zu Askov angeknüpften deutsch-dänischen Beziehungen zwischen Dänemark und Tschekchien wiederum aufzufrischen lassen. Uebrigens dauert auch laut soeben erschienenem Aufruf die gemeinsame Arbeit der dänischen Partei und der patriotischen Dänemarks beaufsichtigt Unterabteilung der Landeskirche Schleswig-Holsteins in der deutschen Nordmark zu nationalitäts-irredentistischen Zwecken unablässig fort. Das alles bedeutet eine Art Kriegszustand im Frieden.

Erfolge der Anflechtungskommission.

Die Anflechtungskommission hat bei dem Städtischen Ratshaus im Kreis Adelnau schöne Erfolge erzielt. Dem „Kof. Tagel.“ wird darüber von dort mitgeteilt: „Das Deutschtum hat dank der Tätigkeit der Anflechtungskommission in unserer Gegend fast rein polnischen Charakter und Umgebung schöne Erfolge erzielt. Über 22 000 Morgen Acker sind unter deutsche Anflechter aufgeteilt worden. Von den 15 Gütern der beiden großen Besitzungen Adelnau und Adelnau, welche die Anflechtungskommission von den beiden polnischen Magnaten Grafen Zorawski und v. Niemojowski erworben, sind alle bis auf das Gut Valentinow bereits befreit, die Begebung des letzteren, das bereits vermessen ist, erfolgt im künftigen Jahre. Die Anflechter stammen aus Westpreußen, aus Pommern und dem West-Sandnaber Kreise in Galizien. Die größten Käufer sind Borsig und Adelnau. Im alten Borsig sind in Adelnau eine zweiteilige Schule und eine von einer Dame geleitete Hoch- und Mittelschule für die Anflechter eingerichtet; von letzterer Einrichtung maden besonders die Lehrer der russischen und galizischen Mittelstädter Gebrauch. Die gemeinsame Kirche für die getauften Anflechter, die in einem bereits vollständig geschlossenen Kreis unsere Stadt einschließen, ist ein schönes neuerbautes Gotteshaus in Adelnau. Die Kirche ist eine zweifache Schule und eine von einer Dame geleitete Hoch- und Mittelschule für die Anflechter eingerichtet; von letzterer Einrichtung maden besonders die Lehrer der russischen und galizischen Mittelstädter Gebrauch. Die gemeinsame Kirche für die getauften Anflechter, die in einem bereits vollständig geschlossenen Kreis unsere Stadt einschließen, ist ein schönes neuerbautes Gotteshaus in Adelnau. Die Kirche ist eine zweifache Schule und eine von einer Dame geleitete Hoch- und Mittelschule für die Anflechter eingerichtet; von letzterer Einrichtung maden besonders die Lehrer der russischen und galizischen Mittelstädter Gebrauch.“

Aus Polen. Darüber, daß ohne viel Aufheben der polnische Schulstreit unterbrochen worden konnte, daß also der preussische Staat seinen Willen gegenüber den polnischen Agitatoren in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgesetzt hat, äußern sich die polnischen Blätter noch immer. Zur Erklärung der Tatsache werden allerlei Entschuldigungen beigebracht. So schreibt die „Gazeta Dziennikowa“:

„Nachdem hätte die von der Regierung den widerspenstigen Eltern, welche vollständig mit Recht die Gründung des Religionsunterrichts in ihre Kinder in der verlässlichen Mutterproben fordern, auferlegten Strafen manden zugrunde richten müssen, wenn er sich weiter hätte widersetzen wollen. Es wird daher nicht überflüssig, als den Schulstreit vorläufig aufzugeben und gleichzeitig gegen den polnischen Kindern aufgetragenen deutschen Religionsunterricht bei dem Schulminister, der Regierung und den Schulinspektoren Protest zu erheben. In den an die Schulen gerichteten Protesten wurde ausdrücklich bemerkt, daß die Eltern bezüglich der Gewalt nachgeben und ihre eigene Überzeugung entgegen des Verbot, in der Religionskunde deutsch zu unterrichten, durchsetzen.“

Man würde aber irren, wenn man annehmen würde, daß nunmehr die Interessen der Eltern und Kinder von den polnischen Agitatoren mehr als früher gewahrt werden. Im Gegenteil. Sie zeigen noch fröhlicher zur Drohposition quard möge an. Man höre folgende Auslassung des erwähnten Blattes:

„Polnische Eltern werden jetzt um so heftiger darauf achten, daß das Inkraft der preussischen Kultur und des preussigen Glaubens in der Seele des polnischen Kindes nicht durchgelasse. Sie werden jetzt mehr dafür sorgen, daß den Kindern die Glaubensartikel und der Katechismus zu Hause polnisch eingeprägt werden, sie werden auch darauf achten, daß die Kinder polnische Kirchenlieder singen können. Schätzlich werden die Eltern auch darauf bedacht sein, daß die Kinder nicht außerhalb der Schule etwas Inerentisches und Schändliches lernen. Polnische Eltern, gebt also acht auf eure Kinder, denn aus ihnen macht das künftige Geschlecht heran. Wenn ihr euch vernachlässigt und euch vollständig auf die Schule verläßt, so tut ihr euren Kindern das größte Unrecht. Mehrmals wird dem Kind die Verfolgungen, die Strafen und Kränke verweigert, welche für die Verdrängung des künftigen Grundgesetzes der katholischen Kirche, nach welchem der Religionsunterricht nur in der Mutterprache zu erteilen ist, festgesetzt werden! Schreiben, Redakteure, Familienräte — alle weichen und weichen in das Geirängnis, saublen Geldstrafen, und die Kinder erziehen Stoffliche und Arefittinen. Schätzlich, alle die Strafen werden nicht verweigert sein. Es werden erst in dem Bewusstsein des polnischen Völkchens und der polnischen Kinder zu stehen. Die Erinnerung wird stets das polnische Volk von der künftigen preussischen Kultur zurückdrängen, die lediglich in die Gewalt und die Macht der Faust glaubt. Nicht mit dem Schönen, preussischen Völkchens! Es wird euch nicht mehr gelingen, die Seele und das Herz der polnischen Kinder zu wandern. Der deutsche Staat, die deutsche Kultur werden nicht, der Seele mitzunehmend, zu demut werden helfen, daß das Volkstum und der geistige Glanz in der Seele des Kindes unangeführt bleibe.“

So wird über die „preussische Kultur“ getönt, der die polnische sprechende Bevölkerung ihre gegenwärtige materielle und ideelle Lage verdankt. Diese gegenwärtigen Agitatoren sind Elemente, die mit allen nur möglichen Waffen im Interesse der polnisch redenden Bevölkerung nicht bekämpft werden müssen.

Zur Bergarbeiterbewegung wird unter dem 8. August gemeldet: Nach Mitteilung des Bergwerksdirektors hat sich der Bergarbeiterstreik auf dem Schilde von 1080 Mann Bergarbeitern 688 Mann eingeschlossen, um dem Schilde von 341 Mann 273 auf dem Schilde von 79 Mann 282 und auf dem Schilde von 458 Mann 268.



